

## Kurz-Info Das Ringen hat sich gelohnt!

### Schulkreisgrenzen flexibler handhaben

In seiner Antwort auf eine von der EVP im Zusammenhang mit der neuen Überbauung Stöckacker Süd mit eingereichte Motion (im Januar als Postulat überwiesen) zeigt sich der Gemeinderat willig, eine flexiblere Handhabung der Schulkreisgrenzen zu prüfen. Dies könnte dazu beitragen, Schulraumkapazitäten auszugleichen und für die zukünftigen Kinder des Stöckacker Süd den kürzeren und weniger gefährlichen Weg ins Schulhaus Stöckacker statt Bümpliz Höhe zu ermöglichen. *BJT*



**Bettina Jans-Troxler**

In der Januar-Session gab die Kulturpflegestrategie sehr viel zu reden. Im Fokus stand die Denkmalpflege, die vor allem ausserhalb der Stadt Bern im Ruch steht, zeitgemässe Umbauten und Nutzungen historischer Gebäuden zu verhindern. Eine Mehrheit der Bildungskommission hatte bei der Vorberatung der Kulturpflegestrategie beschlossen, dem Grossen Rat die Abschaffung der Kategorie «erhaltenswert» für Gebäude zu beantragen.

Der Antrag der Bildungskommission löste einen Aufschrei aus, haben doch Stadt und Kanton eine lange Tradition in der Denkmalpflege. Auch ich erschrak darüber. Wir wohnen als Familie selbst in einem Haus, das als erhaltenswert eingestuft worden ist. Vor zwei Jahren haben wir unsere Gebäudehülle gedämmt, ohne dass wir von der Denkmalpflege daran gehindert wurden. Ich bin unse-

ren Vorfahren dankbar, dass sie in der Stadt Bern viele Gebäude als schützens- und erhaltenswert eingestuft haben und dadurch vor dem Abbruch bzw. vor dem Umbau gerettet haben. Der Kanton Bern war 1902 einer der ersten Kantone, die den Schutz von Gebäuden gesetzlich regelten. Man hatte damals aus dem Abbruch des Christoffelturms in der Altstadt von Bern gelernt.

Bereits bevor im Grossen Rat überhaupt über die Kulturpflegestrategie diskutiert wurde, rumorte es hinter den Kulissen. Die Stadtberner Grossrätin Bettina Keller und die Präsidentin der Bildungskommission, Elisabeth Zäch aus Burgdorf, schlugen Brücken zu den Denkmalpflegekritikern und schlugen vor, das Inventar der schützenswerten und erhaltenswerten Gebäuden zu überarbeiten. Ihre Bemühungen hatten Erfolg: In einer Sitzung der Bildungskommission war die Mehrheit bereit, auf ihren ursprünglichen Antrag zu verzichten und weiterhin die Kategorie «erhaltenswert» zuzulassen. Auch im Grossen Rat wurde zwar beschlossen, dass der Prozentsatz der schützenswerten und erhaltenswerten Ge-



**Barbara Streit-Stettler**

bäude gesenkt wird, die Kategorien ansonsten beibehalten werden. Auch die Fachleute der EVP legten sich mit Anträgen ins Zeug, die das Resultat verbesserten. So wurde der Antrag von Markus Wenger genehmigt, der die Gemeinden bei der Überarbeitung des Inventars einbeziehen will.

Dieses Resultat lässt mich als Stadtbernerin aufschauen. In vielen Beschlüssen mussten wir als EVP-Fraktion in der Januar-Session wiederum Niederlagen einstecken. In diesem Fall ist es aber gelungen, einen Kompromiss zu finden. Stadt- und Landvertreter haben sich einander angenähert und waren bereit zurückzustecken, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Ein Highlight im grauen Monat Januar!

*Barbara Streit-Stettler, Grossrätin*

# EVP-Info

Informationen  
der Evangelischen  
Volkspartei Stadt Bern  
www.evp-bern.ch

Februar 2015

## Digitale Kompetenzen in die Stadtberner Schulen!

Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) sind in unserer Gesellschaft wichtig und werden in Zukunft noch wichtiger werden. Eine besonders zentrale Rolle spielt ICT da, wo die nächsten Generationen ausgebildet werden. Die Gefahr besteht jedoch, dass sich durch ungleiche Voraussetzungen ein «digitaler Graben» bildet, weil Unterschiede zwischen den sozialen Schichten auch bezüglich ICT-Fähigkeiten zunehmen. Ich bin deshalb überzeugt, dass digitale Kompetenzen allen Schülerinnen und Schülern in gleichem Umfang möglichst früh gelehrt werden müssen, um von Anfang an die Chancengleichheit sicherzustellen.

Dies sieht auch der Lehrplan 21 vor, der den beiden Bereichen Medi-

en und Informatik einen hohen Stellenwert beizumisst. Informatik- und Medienkompetenz wird als vierte Kulturtechnik verstanden, die neben Schreiben, Lesen und Rechnen zu den Grundkompetenzen gehört, die die Volksschule zu vermitteln hat. Konkret bedeutet dies, dass die Lernenden beispielsweise die Möglichkeiten und Risiken von sozialen Medien kennen und den bewussten Umgang damit beherrschen. Bei der Informatikkompetenz sollen die Funktionsweise von Anwendungen und die Entwicklung von kleinen Software-Programmen erlernt werden.

Wie ist die Situation in den Berner Schulen heute? 2006 genehmigte die Stimmbewölkerung den Kredit von 8,5 Millionen Franken für eine neue Schul-

informatik. Mit dem Programm «base4kids» haben die rund 8000 Stadtberner Schulkinder nun seit 2009 Zugang zu Computer und Internet. In insgesamt 46 Schulhäuser stehen zur Zeit 2100 Laptops und PCs, die mit einem pädagogischem Konzept im Unterricht eingesetzt werden. Das ist eine gute, aber nicht ausreichende Ausrüstung für die Zukunft, denn an vielen Schulen ist der Internetanschluss langsam und sind zu wenige Geräte vorhanden.

Damit die junge Generation einen gleichberechtigten Zugang zur digitalen Welt erhalten kann, sind neben einer besseren Infrastruktur vor allem auch neue Lernformen notwendig. Um einen selbstbewussten Umgang mit Informatik zu gewinnen, ist es meines Erachtens



**Matthias Stürmer**

wichtig, dass alle Kinder Basis-Erfahrungen in der Programmierung von einfachen Anwendungen machen können. Mit vielen kostenlosen Lehrmitteln auf [www.code.org](http://www.code.org) oder [www.codeschool.com](http://www.codeschool.com) ist es heute möglich, die Software-Entwicklung spielerisch kennen zu lernen. Nutzen wir also die Chance und lassen unsere Kinder die nötigen Fähigkeiten für die digitale Welt der Zukunft erlernen! *Matthias Stürmer, Stadtrat*

### EVP im Netz

[www.evp-bern.ch](http://www.evp-bern.ch)  
und [www.facebook.com/evpstadtbern](http://www.facebook.com/evpstadtbern)  
bieten Ihnen stets die aktuellsten News aus der EVP Stadt Bern.

### Impressum

Herausgeber: EVP Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 7

Redaktion: «Berner EVP»: Christof Erne, Bern

Kontaktadresse für «EVP-Info»: Christof Erne,  
Tel. 031 991 78 91, [ch.erne@hispeed.ch](mailto:ch.erne@hispeed.ch)

EVP Stadt Bern, Postfach 6049, 3001 Bern  
Postcheckkonto 30-2067-3  
[info@evp-bern.ch](mailto:info@evp-bern.ch), [www.evp-bern.ch](http://www.evp-bern.ch)  
und [www.facebook.com/evpstadtbern](http://www.facebook.com/evpstadtbern)



### Einladung Hauptversammlung

Mittwoch, 11. März 2014, 19.30 Uhr  
an der Nägeligasse 9, Bern: Hauptversammlung der  
EVP Stadt Bern mit

- statutarischen Traktanden
- Interview und Begegnung mit Nationalrätin und EVP-Präsidentin Marianne Streiff-Feller
- kleinem Apéro

Wir freuen uns auf die Begegnung mit Ihnen!

### Termine 2015

**Donnerstag, 19. März, 19.00 Uhr:**  
«Energie- und Umweltpolitik in der Stadt Bern»:  
**Workshop für EVP- und GFL-Mitglieder** (s. Seite 3)

Mittwoch, 20. Mai, 19.30 Uhr: Parolenfassung  
Ein Samstagmorgen im September: «EVP unterwegs»

**Sonntag, 18. Oktober: Nationale Wahlen**  
Mittwoch, 4. November, 19.30 Uhr: Parolenfassung  
Mittwoch, 2. Dezember, 19.30 Uhr: Adventsfeier



## «Schwierig in der Suchtprävention ist die Doppelmoral»

Mike Neeser wohnt in Bern, hat Psychologie studiert und arbeitet als Fachmitarbeiter und Ausbilder auf der Fachstelle für Suchtprävention des Blauen Kreuz Bern. Er nimmt hier Stellung zum Pilotprojekt Hanf und zur Suchtprävention bei Jugendlichen.

**Als Fachstelle Suchtprävention des Blauen Kreuzes führt ihr Präventionsworkshops mit Jugendlichen durch. Wie muss man sich einen solchen vorstellen?**

Mittels interaktiver Workshop-Module wie z.B. Gruppendiskussionen, Spiele, Theater, Quiz oder Mixen von alkoholfreien Drinks setzen sich die Jugendlichen mit ihrem Konsumverhalten auseinander und hinterfragen so ihre Einstellung und ihr Verhalten in Bezug auf Suchtmittel.

**Welche weiteren Präventionsmassnahmen gibt es beim Blauen Kreuz?**

Mit verhaltenspräventiven Massnahmen (z.B. Workshops, alkoholfreie Bar, Aktion time:out) wird versucht, auf Einstellung, Motivation und Verhalten von einzelnen Menschen Einfluss zu nehmen. Mit verhältnispräventiven Massnahmen (z.B. Gesetzgebung oder Alkohol-Testkäufe) versucht man die Rahmenbedingungen für den Umgang mit einem Suchtmittel zu verändern.

### Der politische Hintergrund

Der Berner Gemeinderat hat eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, die prüfen soll, wie in einem Pilotprojekt Hanf legal abgegeben werden könnte. Ähnlich wie in Genf sollen dazu Cannabis-Social-Clubs eingeführt werden, deren volljährige Mitglieder staatlich kontrolliertes Cannabis konsumieren dürften. Aktuell wird ein Projektbeschrieb erarbeitet, der dann vom Bundesamt für Gesundheit bewilligt werden muss. Es ist allerdings fraglich, ob solche Cannabis-Clubs unter dem aktuellen Betäubungsmittelgesetz überhaupt zulässig sind.

Im November hat der Grosse Rat eine Motion aus den Reihen der SVP gutgeheissen, die Cannabisclubs im ganzen Kanton verbieten will. Allerdings ist dieser Beschluss wirkungslos, weil der Bund für die Suchtpolitik zuständig ist.

**Was ist die wirksamste Prävention, damit Jugendliche mit Suchtmitteln gut umgehen lernen?**

Eine klare Einstellung der Gesellschaft zum Konsum eines Suchtmittels sowie dessen gesunder Umgang damit.

**Was können Eltern tun, um ihren Kindern einen guten Umgang mit Suchtmitteln zu lehren?**

Neben der klaren Einstellung und dem gesunden Umgang ist ein Klima der Wertschätzung und der Offenheit wichtig, damit Kinder mit ihren Eltern auch über Probleme und schwierige Themen diskutieren können. Dazu gehört auch eine gute Konfliktbewältigung in der Familie. Es ist zentral für das Suchtmittelverhalten von Jugendlichen, welche Wertvorstellungen ihnen von ihren Eltern mitgegeben wurden.

**Wird das Verhalten von Jugendlichen dadurch beeinflusst, ob ein Suchtmittel verboten ist oder nicht?**

Für ein Teil der Jugendlichen liegt der Reiz gerade im Verbotenen, ein anderer Teil der Jugendlichen braucht solche Rahmenbedingungen, um nicht mit



Mike Neeser

dem Konsum zu beginnen. Schwierig wird es dann, wenn eine Doppelmoral vorherrscht, also für Erwachsene der Konsum erlaubt ist, für Jugendliche aber nicht.

**In der Diskussion um einen Pilotversuch zur Cannabisregulierung in Bern wird oft behauptet, diese Legalisierung diene auch dem Jugendschutz. Wie schätzt du das ein?**

Für Jugendliche würde sich die Situation überhaupt nicht ändern, da bei einer Cannabisregulierung voraussichtlich nur der Konsum für Erwachsene straffrei wäre. Ein Pilotversuch würde also überhaupt nicht dem Jugendschutz dienen, im Gegenteil. Der straffreie Konsum für Erwachsene würde im Gegensatz zum Konsumverbot für Jugendliche stehen und so zu einer Doppelmoral im Umgang mit Cannabis führen.

**Viele Jugendliche kiffen, obwohl sie damit eine Strafanzeige riskieren. Was sind ihre Motive dazu?**

In der Pubertät wirken Emotionen stärker und schneller auf Entscheidungen und Verhalten ein als Vernunft und abgewogene Argumente, weil sich die Hirnregion für die Impulskontrolle langsamer entwickelt als diejenige für die Emotionsverarbeitung. Jugendliche in der Pubertät haben also Mühe zukünftige Konsequenzen eines bestimmten Verhaltens in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

**Wie müsste eine verbesserte Cannabisprävention aus deiner Sicht aussehen? Welche Massnahmen müssten parallel zu einem allfälligen Pilotversuch ergriffen werden?**

Falls man wirklich einen Pilotversuch starten möchte, müsste der Konsum von Cannabis für Jugendliche aus den genannten Gründen folgerichtig ebenfalls straffrei sein. Dafür müsste der illegale Verkauf von Cannabis auf der Strasse und an Jugendliche massiv stärker verfolgt und sanktioniert werden.

Interview:  
Bettina Jans-Troxler

## Fraktion

**Diskussionsabend Umwelt- und Energiepolitik**

An der Fraktionsretraite der GFL/EVP-Fraktion haben wir beschlossen, ein paar Themen vertieft zu behandeln, um Schwerpunkte und neue Stossrichtungen herauszuschälen zu können. Unter anderem sollen dabei Themenblöcke erarbeitet werden, die im Stadtrat zu wenig berücksichtigt werden und bei denen sich die GFL/EVP-Fraktion mit der GLP und FDP abstimmen kann, um mehrheitsfähige Lösungen zu finden.

Als erstes wollen wir am Donnerstag, 19. Februar ab 19 Uhr neue Ideen zur städtischen Umwelt- und Energiepolitik suchen. Interessierte Mitglieder und Freunde der EVP sind herzlich eingeladen, gemeinsam mit der Fraktion und mit GFL-Mitgliedern mitzudiskutieren.

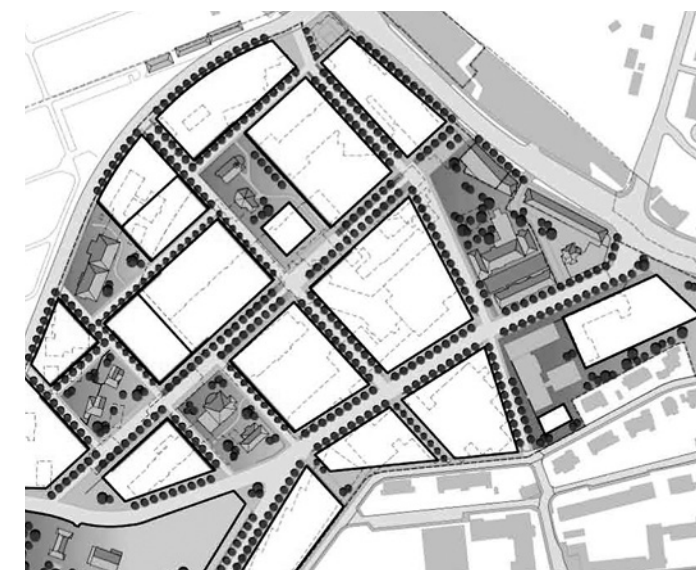
Genaue Informationen folgen in einer separaten Einladung.

Bettina Jans-Troxler



Energiezentrale Forsthaus

## Abstimmung Überbauungsordnung für das Insel-Areal



**Der Masterplan fürs Inselspital 2060 sieht neben Hochhäusern grüne Flächen und eine diagonal verlaufende Achse für den Fuss- und Veloverkehr vor. Schützenswerte Gebäude sollen erhalten werden.**

Am 8. März 2015 entscheiden die Stadtberner Stimmberechtigten über die neue Überbauungsordnung für das Insel-Areal. Bei dieser Änderung der Bauvorschriften geht es nicht direkt um Geld wie bei vielen städtischen Abstimmungen, sondern um die bauliche Weiterentwicklung des Insel-Areals bis ins Jahr 2060.

### Mehr Geschossfläche

Die Vorlage enthält zum Beispiels Vorgaben zur Nutzungsfläche. Heute sind rund 262 000 m<sup>2</sup> Geschossfläche genutzt, in Zukunft sollen bis zu 600 000 m<sup>2</sup> für das Spital zur Verfügung stehen. Dieser Teil der Überbauungsordnung war im Stadtrat unbe-

stritten, hebt er doch den Standortvorteil des Inselspitals für die Stadt Bern hervor.

Meinungsverschiedenheiten gab es hingegen beim Erschliessungskonzept: Die Förderung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel wurde von der bürgerlichen Minderheit abgelehnt. Für uns als EVP war jedoch klar, dass wir uns für die ÖV-Erschliessung sowie den Fuss- und Veloverkehr aussprechen. Im Stadtrat wurde die gesamte Vorlage schliesslich mit 55 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Die EVP-Ratsmitglieder empfehlen Ihnen ebenfalls ein Ja zu dieser Vorlage.  
Matthias Stürmer, Stadtrat